

A. Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) für eine Mitgliedschaft in der Deutschen Phytomedizinischen Gesellschaft e.V. (DPG) (Stand vom 22.03.2024)

~~Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.~~

1. Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist ein schriftlicher Antrag auf dem jeweils gültigen Formular, das auf der Vereinswebsite zur Verfügung gestellt wird. Die Aufnahme in den Verein erfolgt durch den oder die Vorsitzende(n).
2. Sie können Ihren Mitgliedsantrag innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen in Textform (z. B. Brief, E-Mail) widerrufen. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist an die Geschäftsstelle der DPG zu richten.
3. Das neue Mitglied bestätigt im Antrag, dass es die Satzung des Vereins, diese AGB und insbesondere die darin aufgenommenen Erklärungen zum Datenschutz zur Kenntnis genommen und verstanden hat und ihnen zustimmt.
4. Das neue Mitglied bekommt von der Geschäftsstelle eine Mitgliedsnummer zugeteilt und einen Online-Zugangscode für den kostenlosen Zugang zur Online-Ausgabe des Journal of Plant Diseases and Protection.
5. Das neue Mitglied verpflichtet sich, der Geschäftsstelle alle für die Mitgliederverwaltung relevanten persönlichen Angaben vollständig zu übermitteln sowie Änderungen mitzuteilen. Hierzu gehört insbesondere die Angabe einer vollständigen Postadresse und des Geburtsdatums.
6. Das Mitgliedsjahr entspricht immer einem Kalenderjahr (01. Januar bis 31. Dezember)
7. Der Mitgliedsbeitrag ist grundsätzlich ohne Rechnungsstellung in der gültigen Höhe bis zum 31.03. des laufenden Jahres auf das Konto der DPG zu entrichten. Einzüge von Lastschriften werden ebenfalls im März ohne Rechnungsstellung durchgeführt. Fördernde Mitglieder erhalten zur Mitte des Jahres eine Rechnung über den vereinbarten Förderbetrag. Wegen der geringen Höhe des Mitgliedsbeitrages werden Überweisungsbelege von Finanzämtern anerkannt. Zusätzliche Bescheinigungen über den Mitgliedsbeitrag müssen vom Mitglied gesondert angefordert werden.
8. In den ersten neun Monaten des Jahres gestellte Anträge auf Mitgliedschaft verpflichten zur Zahlung des Mitgliedsbeitrages für das gesamte Jahr, in dem der Antrag gestellt wurde. Wird der Antrag im letzten Quartal gestellt, wird der Mitgliedsbeitrag zu einem Viertel berechnet.
9. Je nach Voraussetzung können Sie sich für eine Beitragsgruppe entscheiden (zu den Formen der Mitgliedschaft informiert Sie die Satzung der DPG in ihrer gültigen Fassung). Die Beitragsgruppe kann bis zum 30.11. des laufenden Jahres für das kommende Jahr geändert werden. Ein späterer Wechsel während eines aktuellen Mitgliedsjahres zu einem anderen Mitgliedsstatus ist zwar grundsätzlich möglich, führt aber nicht zur Rückzahlung bereits entrichteter Mitgliedsbeiträge. Dies trifft auch im Falle von Beitragsreduktionen zu.
10. Der ermäßigte Beitragssatz kann nur gewährt werden, wenn ein aktuell gültiger Ermäßigungsgrund in Schriftform vorliegt. In den darauf folgenden Mitgliedsjahren kann er nur reduziert bleiben, wenn der Mitgliederverwaltung (geschaeftsstelle@phytomedizin.org) rechtzeitig jeweils bis Jahresende des Vorjahres ein neuer, gültiger Nachweis zugesendet wurde. Als Nachweis wird ein unterschriebenes Formblatt „Antrag auf Beitragsreduktion“ akzeptiert. Im Zweifel entscheidet die Geschäftsführung über die Anerkennung.

11. Für die Zahlung des Mitgliedsbeitrages ist in der Regel das Lastschriftverfahren oder die unaufgeforderte Überweisung des Mitgliedsbeitrages bis zum 31.03. des laufenden Jahres vorgesehen. Für ein Mahnverfahren wird ein Verwaltungskostenbetrag von 2,50 Euro je Vorgang berechnet.
12. Wenn Sie am Lastschriftverfahren teilnehmen, bitten wir Sie, Änderungen Ihrer Kontoverbindung umgehend der Geschäftsstelle mitzuteilen. Für erfolglose Abbuchungsversuche entstehen Ihnen Gebühren von 10 Euro pro zurückgewiesene Abbuchung. Da das Lastschriftverfahren dann auf Rechnungsstellung umgestellt werden muss, entstehen Ihnen dadurch ggf. neuerlich Verwaltungsgebühren (s.o).
13. Seit 2014 stellen Mitglieder in der Ausbildung (z.B. im Falle von [dualer Berufsausbildung](#), Studium oder Promotionsstudium) einen Antrag zur Aufnahme als ordentliches Mitglied mit dem allgemeinen Aufnahmeantrag und kreuzen "in Ausbildung" an. Mitglieder in Ausbildung zahlen im ersten Jahr der Aufnahme in die DPG den Beitrag für drei Kalenderjahre im Voraus. Sie werden fristgerecht einmalig vor Ablauf des dritten Beitragsjahres von der Geschäftsstelle darüber informiert, dass die Anhebung auf den vollen Mitgliedsbeitrag vom darauf folgenden Jahr erfolgen wird. Befinden sie sich noch weiterhin in der Ausbildung, können sie jährlich eine Beitragsreduktion auf der Basis ‚in Ausbildung‘ beantragen, solange dies zutrifft, und legen entsprechende Nachweise vor (dies können Immatrikulationsbescheinigungen oder bestätigende Schreiben [der Hochschule oder Ausbildungsstätte](#) sein). Hinweis: Mitglieder in Ausbildung, deren Anspruch auf Beitragsreduktion jährlich nachgewiesen werden muss, erhalten KEINE jährliche Information über ihre satzungsgemäße Nachweispflicht.
14. Sämtlicher Schriftverkehr sollte per Email erfolgen, sowohl die Beitrittsbestätigung und die jährlichen Beitragsrechnungen, als auch die Newsletter und Vereinsinformationen.
15. Sie haben die Möglichkeit, der Zusendung der vereinsinternen Newsletter und Vereinsinformationen zu widersprechen. Wir weisen Sie allerdings darauf hin, dass Sie damit über Vereinsaktivitäten nicht informiert werden können und wichtige Angebote nicht genutzt werden. Der Verein versendet aus wirtschaftlichen und personellen Gründen Briefpost nur in Ausnahmefällen (z.B. bei Wahlen).
16. Die Rückbuchung einer Lastschrift durch das Kreditinstitut des Mitgliedes oder die ausstehende Beitragszahlung berechtigt die Mitgliederverwaltung zur Einstellung aller Leistungen, bis der Vorgang abgeschlossen und der ausstehende Beitrag nebst Verwaltungskosten vollständig beglichen ist. Mehr als zwei Jahre säumige Mitglieder können vom Vorstand aus dem Vereinsregister gestrichen werden.
17. Die Mitgliedschaft kann jährlich bis zum 30. September (Eingang der Kündigung per Post, Email) zum Ende des Kalenderjahres gekündigt werden. Sofern die Mitgliedschaft nicht gekündigt wird, verlängert sich die Mitgliedschaft um ein weiteres Kalenderjahr. Sie erhalten bei Kündigungen eine Kündigungsbestätigung per Email. Sollten Sie keine Kündigungsbestätigung per Email bekommen, fragen Sie ggf. in der Mitgliederverwaltung an, ob Ihre Kündigung eingegangen ist. Der Nachweis des ordnungsgemäßen Einganges der Kündigung liegt beim Mitglied.

B. Teilnahmebedingungen für [die vereinsinternen Arbeitskreistreffen und anderen Veranstaltungen der DPG](#)

1. Jedes Mitglied hat das Recht auf unentgeltliche Teilnahme an den Arbeitskreissitzungen der DPG. Im Gegenzug verpflichten Sie sich, sich vor ihrer jeweiligen Teilnahme über die Website zu den entsprechenden Arbeitskreisen anzumelden.

2. Nicht-Mitgliedern stehen die Arbeitskreise ebenfalls kostenlos offen. Jedoch wird bei regelmäßiger Teilnahme erwartet, dass sie der DPG beitreten. Die Registrierung und Anmeldung über die Website ist stets ebenso erforderlich wie bei Mitgliedern.
3. Unsere ArbeitskreisleiterInnen arbeiten ehrenamtlich für die TeilnehmerInnen der Arbeitskreise. Sollten den OrganisatorInnen eines Arbeitskreistreffens (**oder anderer Veranstaltungen**) direkte Kosten für die Durchführung (Versorgung, Raummiete etc.) entstanden sein, wird von den TeilnehmerInnen erwartet, dass sie sich an diesen Kosten beteiligen. Details der Abrechnung regelt der/die OrganisatorIn mit der Geschäftsstelle der DPG. Wir freuen uns, wenn Sie die ArbeitskreisleiterInnen auch organisatorisch entlasten.
4. Mitglieder in Ausbildung können einen Reisekosten-Zuschuss von einmalig 50 Euro/Jahr für ihre aktive Teilnahme mit Vortrag oder Poster an Arbeitskreisen beantragen. Dieser Zuschussantrag ist nach der Veranstaltung gemeinsam mit einer Teilnahmebestätigung, die von dem/der ArbeitskreisleiterIn unterschrieben ist, **sowie einen Nachweis über entstandene Reisekosten** an die Geschäftsstelle zu richten.
5. Die Teilnahme an Arbeitskreistagungen **oder anderen DPG-Veranstaltungen** verpflichtet die DPG nicht, Reisekosten für TeilnehmerInnen zu erstatten.
6. TeilnehmerInnen an Arbeitskreisen stellen den ArbeitskreisleiterInnen über die Anmeldung auf der Website Zusammenfassungen ihrer Beiträge zur Verfügung. Mit dem Erstellen eines Beitrags erteilen Sie der DPG ein einfaches, zeitlich und räumlich unbeschränktes und unentgeltliches Recht, Ihren Beitrag im Rahmen des Arbeitskreises zu nutzen und in den DPG-Schriften sowie auf der Website zu veröffentlichen. Ein Recht zur Veröffentlichung kann aus der Teilnahme am Arbeitskreis indes nicht abgeleitet werden.
7. Sie erklären mit der Erstellung eines Beitrags, dass er keine Inhalte enthält, die gegen geltendes Recht oder die guten Sitten verstoßen. Sie erklären insbesondere, dass Sie das Recht besitzen, die in Ihren Beiträgen verwendeten Daten, Links und Bilder zu setzen bzw. zu verwenden.
8. Die Teilnahme an Veranstaltungen der DPG erfolgt auf eigene Gefahr, d.h. die DPG haftet nicht für Schäden, die im Zusammenhang mit der Durchführung einer Veranstaltung entstehen. Ansprüche für eine Haftung aus zwingendem nationalen Recht bleiben unberührt.
9. Die DPG haftet ohne vorherige Zusicherung nicht für Schäden, welche den ArbeitskreisleiterInnen im Zusammenhang mit der übertragenen Aufgabe entstehen oder verursacht werden, unabhängig vom Entstehungsgrund;
10. Die DPG übernimmt ohne vorherige Zusicherung für alle Verpflichtungen, welche die ArbeitskreisleiterInnen im Zusammenhang der übertragenen Aufgabe gegenüber Dritten eingehen, keinerlei Haftung, Gewährleistung oder Verantwortung.
11. Diese Geschäftsbedingungen gelten für alle anderen Veranstaltungen der DPG oder mit DPG-Beteiligung entsprechend.

C. Änderungsvorbehalt

1. Die DPG ist berechtigt, diese AGB zu ändern. Die jeweils gültige Version wird auf der Internet-Seite <https://phytomedizin.org> veröffentlicht. Änderungen werden regelmäßig vom Vorstand den Mitgliedern in der „Phytomedizin“ angezeigt.
2. Änderungen der AGB können die Mitglieder innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen der Phytomedizin widersprechen. Wenn dem Widerspruch durch den Vorstand nicht abgeholfen werden kann, hat das Mitglied das Recht der fristlosen Kündigung der Mitgliedschaft.

D. Datenschutz im Zusammenhang mit der Mitgliederverwaltung

(Die Datenschutzhinweise zum Internetangebot der DPG sind Teil dieser AGB, werden aber auf den Webseiten selbst veröffentlicht)

1. Ihre Rechte:

a) Recht auf Bestätigung

jedes Mitglied hat das vom Europäischen Richtlinien und Verordnungsgeber eingeräumte Recht, von dem/der für die Verarbeitung Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob über sie personenbezogene Daten verarbeitet werden. Möchte eine betroffene Person dieses Bestätigungsrecht in Anspruch nehmen, kann sie sich hierzu jederzeit an eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter des oder der für die Verarbeitung Verantwortliche(n) wenden.

b) Recht auf Auskunft

jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat das vom Europäischen Richtlinien und Verordnungsgeber gewährte Recht, jederzeit von dem/der für die Verarbeitung Verantwortlichen unentgeltliche Auskunft über die zur eigenen Person gespeicherten personenbezogenen Daten und eine Kopie dieser Auskunft zu erhalten. Ferner hat der Europäische Richtlinien- und Verordnungsgeber der betroffenen Person Auskunft über folgende Informationen zugestanden:

- die Verarbeitungszwecke
- die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden
- die EmpfängerInnen oder Kategorien von EmpfängerInnen, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden, insbesondere bei EmpfängernInnen in Drittländern oder bei internationalen Organisationen
- falls möglich die geplante Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden, oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer
- das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der sie betreffenden personenbezogenen Daten oder auf Einschränkung der Verarbeitung durch den/die Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung
- das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde
- wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden: Alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten
- das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Artikel 22 Abs.1 und 4 DSGVO und zumindest in diesen Fällen aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person

Ferner steht der betroffenen Person ein Auskunftsrecht darüber zu, ob personenbezogene Daten an ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt wurden. Sofern dies der Fall ist, so steht der betroffenen Person im Übrigen das Recht zu, Auskunft über die geeigneten Garantien im Zusammenhang mit der Übermittlung zu erhalten.

Möchte eine betroffene Person dieses Auskunftsrecht in Anspruch nehmen, kann sie sich hierzu jederzeit an eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter des/der für die Verarbeitung Verantwortlichen wenden.

c) Recht auf Berichtigung

Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat das vom Europäischen Richtlinien und Verordnungsgeber gewährte Recht, die unverzügliche Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen. Ferner steht der betroffenen Person das Recht zu, unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten auch mittels einer ergänzenden Erklärung zu verlangen.

Möchte eine betroffene Person dieses Berichtigungsrecht in Anspruch nehmen, kann sie sich hierzu jederzeit an eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter des/der für die Verarbeitung Verantwortlichen wenden.

d) Recht auf Löschung (Recht auf Vergessen werden)

Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat das vom Europäischen Richtlinien und Verordnungsgeber gewährte Recht, von dem/der Verantwortlichen zu verlangen, dass die sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft und soweit die Verarbeitung nicht erforderlich ist:

- Die personenbezogenen Daten wurden für solche Zwecke erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet, für welche sie nicht mehr notwendig sind.
- Die betroffene Person widerruft ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a DSGVO oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a DSGVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.
- Die betroffene Person legt gemäß Art. 21 Abs.1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein, und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder die betroffene Person legt gemäß Art. 21 Abs. 2 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.
- Die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der/die Verantwortliche unterliegt.
- Die personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DSGVO erhoben.

Sofern einer der oben genannten Gründe zutrifft und eine betroffene Person die Löschung von personenbezogenen Daten, die bei der DPG gespeichert sind, veranlassen möchte, kann sie sich hierzu jederzeit an eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter des/der für die Verarbeitung Verantwortlichen wenden. Der/die MitarbeiterIn der DPG wird veranlassen, dass dem Löschverlangen unverzüglich nachgekommen wird.

Wurden die personenbezogenen Daten durch die DPG öffentlich gemacht und ist unser Angebot als Verantwortlicher gemäß Art. 17 Abs. 1 DSGVO zur Löschung der personenbezogenen Daten verpflichtet, so trifft die DPG unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologie und der Implementierungskosten angemessene Maßnahmen, auch technischer Art, um andere für die Datenverarbeitung Verantwortliche, welche die veröffentlichten personenbezogenen Daten verarbeiten, darüber in Kenntnis zu setzen, dass die betroffene Person von diesen anderen für die Datenverarbeitung Verantwortlichen die Löschung sämtlicher Links zu diesen personenbezogenen Daten oder von Kopien oder Replikationen dieser personenbezogenen Daten verlangt hat, soweit die Verarbeitung nicht erforderlich ist. Die DPG wird im Einzelfall das Notwendige veranlassen.

e) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat das vom Europäischen Richtlinien und Verordnungsgeber gewährte Recht, von dem/der Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist:

- Die Richtigkeit der personenbezogenen Daten wird von der betroffenen Person bestritten, und zwar für eine Dauer, die es dem/der Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen.
- Die Verarbeitung ist unrechtmäßig, die betroffene Person lehnt die Löschung der personenbezogenen Daten ab und verlangt stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten.
- Der/die Verantwortliche benötigt die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger, die betroffene Person benötigt sie jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
- Die betroffene Person hat Widerspruch gegen die Verarbeitung gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt und es steht noch nicht fest, ob die berechtigten Gründe des/der Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

Sofern eine der oben genannten Voraussetzungen gegeben ist und eine betroffene Person die Einschränkung von personenbezogenen Daten, die bei der DPG gespeichert sind, verlangen möchte, kann sie sich hierzu jederzeit an eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter des/der für die Verarbeitung Verantwortlichen wenden. Die DPG wird die Einschränkung der Verarbeitung veranlassen.

f) Recht auf Datenübertragbarkeit

Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat das vom Europäischen Richtlinien und Verordnungsgeber gewährte Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, welche durch die betroffene Person einem/einer Verantwortlichen

bereitgestellt wurden, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Sie hat außerdem das Recht, diese Daten einem/einer anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch die/den Verantwortliche(n), dem/der die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln, sofern die Verarbeitung auf der Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a DSGVO oder Art.9 Abs.2 Buchstabe a DSGVO oder auf einem Vertrag gemäß Art.6 Abs.1 Buchstabe b DSGVO beruht und die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt, sofern die Verarbeitung nicht für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, welche dem/der Verantwortlichen übertragen wurde.

Ferner hat die betroffene Person bei der Ausübung ihres Rechts auf Datenübertragbarkeit gemäß Art. 20 Abs. 1 DSGVO das Recht, zu erwirken, dass die personenbezogenen Daten direkt von einer/einem Verantwortlichen an eine(n) andere(n) Verantwortliche(n) übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist und sofern hiervon nicht die Rechte und Freiheiten anderer Personen beeinträchtigt werden.

Zur Geltendmachung des Rechts auf Datenübertragbarkeit kann sich die betroffene Person jederzeit an die DPG wenden

g) Recht auf Widerspruch

jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat das vom Europäischen Richtlinien und Verordnungsgeber gewährte Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs.1 Buchstaben e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen. Dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling.

Die DPG verarbeitet die personenbezogenen Daten im Falle des Widerspruchs nicht mehr, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die den Interessen, Rechten und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Verarbeitet die DPG personenbezogene Daten, um Direktwerbung zu betreiben, so hat die betroffene Person das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung der personenbezogenen Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen. Dies gilt auch für das Profiling, soweit es mit solcher Direktwerbung in Verbindung steht. Widerspricht die betroffene Person gegenüber der DPG der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, so wird die DPG die personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeiten.

Zudem hat die betroffene Person das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die sie betreffende Verarbeitung personenbezogener Daten, die bei der DPG zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken oder zu statistischen Zwecken gemäß Art. 89 Abs. 1 DSGVO erfolgen, Widerspruch einzulegen, es sei denn, eine solche Verarbeitung ist zur Erfüllung einer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe erforderlich.

Zur Ausübung des Rechts auf Widerspruch kann sich die betroffene Person direkt an die DPG wenden. Der betroffenen Person steht es ferner frei, im Zusammenhang mit der Nutzung von Diensten der Informationsgesellschaft, ungeachtet der Richtlinie 2002 / 58/EG, ihr Widerspruchsrecht mittels automatisierter Verfahren auszuüben, bei denen technische Spezifikationen verwendet werden.

h) Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling

Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat das vom Europäischen Richtlinien und Verordnungsgeber gewährte Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung einschließlich Profiling beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die ihr gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt, sofern die Entscheidung (1) nicht für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrags zwischen der betroffenen Person und dem/der Verantwortlichen erforderlich ist, oder (2) aufgrund von Rechtsvorschriften der Union oder der Mitgliedstaaten, denen der/die Verantwortliche unterliegt, zulässig ist und diese Rechtsvorschriften angemessene Maßnahmen zur Wahrung der Rechte und Freiheiten sowie der berechtigten Interessen der betroffenen Person enthalten oder (3) mit ausdrücklicher Einwilligung der betroffenen Person erfolgt.

Ist die Entscheidung (1) für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrags zwischen der betroffenen Person und dem/der Verantwortlichen erforderlich oder (2) erfolgt sie mit ausdrücklicher Einwilligung der betroffenen Person, trifft die DPG angemessene Maßnahmen, um die Rechte und Freiheiten sowie die berechtigten Interessen der betroffenen Person zu wahren, wozu mindestens das Recht auf Erwirkung des Eingreifens einer Person seitens des/der Verantwortlichen, auf Darlegung des eigenen Standpunkts und auf Anfechtung der Entscheidung gehört.

Möchte die betroffene Person Rechte mit Bezug auf automatisierte Entscheidungen geltend machen, kann sie sich hierzu jederzeit an eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter des/der für die Verarbeitung Verantwortlichen wenden.

i) Recht auf Widerruf einer datenschutzrechtlichen Einwilligung

Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat das vom Europäischen Richtlinien und Verordnungsgeber gewährte Recht, eine Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten jederzeit zu widerrufen.

Möchte die betroffene Person ihr Recht auf Widerruf einer Einwilligung geltend machen, kann sie sich hierzu jederzeit an eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter des/der für die Verarbeitung Verantwortlichen wenden.

j) Recht auf Unterrichtung über Missbrauch

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf die Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an Aufsichtsbehörden und die Benachrichtigung der betroffenen Person von solchen Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten zu.

k) Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Die Aufsichtsbehörde, bei der die Beschwerde eingereicht wurde, unterrichtet den/die Beschwerdeführer/in über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Art. 78 DSGVO.

Das heißt für die DPG:

1. Die DPG erhebt beim Vereinsbeitritt und während der Vereinsmitgliedschaft nur solche Daten von Mitgliedern, die sie auch verarbeiten oder nutzen darf und beschränkt sich grundsätzlich auf Daten, die im Rahmen des Vereinszwecks liegen. Entsprechend Art. 9 DSGVO werden in der DPG keine personenbezogenen Daten erhoben oder gespeichert, aus denen die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit hervorgehen. Auch die Verarbeitung von genetischen Daten, biometrischen Daten zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person, Gesundheitsdaten oder Daten zum Sexualleben oder der sexuellen Orientierung einer natürlichen Person erfolgt nicht.
2. Jedes Mitglied nimmt zur Kenntnis, dass ihre/seine Daten elektronisch in einer Datei gespeichert werden.
Es werden im Rahmen des freiwilligen Aufnahmeantrages eines Mitgliedes folgende personenbezogenen Daten in Antragsformularen erhoben und gespeichert, um die Vereinszwecke realisieren zu können. Sie sind für die Vereinsmitgliedschaft erforderlich (Anrede, akademischer Titel, Name, Vorname, Geburtsdatum, Zustelladresse, ggf. abweichende Dienst-/oder Privatanschrift, Email-Adresse.)
Es wird dem Verein erlaubt, jedem anderen Mitglied des Vereins seine Kontaktdaten (Name, Email oder Adresse) mitzuteilen.
3. Darüber hinaus werden ggf. gespeichert: Beitrittsdatum, Austrittsdatum, Mitgliedsart, Funktion in der DPG, Bezug der JPDP und der Phytomedizin, Rechnungsadresse, Bankverbindung (im Falle von Einzugsermächtigungen), Angaben zum Beitragsstand, Passwort für das Mitgliederlogin auf der Website. Diese Daten dienen der Funktionstüchtigkeit des Vereins, dem Aufbau eines Mitgliederarchives und der Zugestehung der satzungsgemäßen Leistungen.
Diese Daten werden nicht an andere Mitglieder weitergegeben.
4. Grundlage für die Verwendung der Daten ist die seit 25. Mai 2018 anwendbare Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung) in Verbindung mit dem BDSG 2018 verknüpft.
5. Jedes Mitglied hat das Recht, der Speicherung seiner Daten zu widersprechen. Wird der Verarbeitung nützlicher, oder notwendiger personenbezogener Daten widersprochen, so unterbleibt die Datenverarbeitung. Ist durch den Widerspruch der Speicherung die Abwicklung der Mitgliederverwaltung oder die Zugestehung von satzungsgemäßen Leistungen seitens des Vereins nicht mehr möglich, wird der Verein sie einstellen.
Sind die Zwecke, für die die DPG personenbezogene Daten verarbeitet, durch Widerspruch des Mitgliedes nicht mehr zu realisieren, so ist sie nach der DSGVO nicht verpflichtet, zusätzliche Informationen einzuholen oder zu verarbeiten, um die betroffene Person zu identifizieren. Das Mitglied wird dann aus dem Mitgliedsverzeichnis gestrichen.
6. Eine Nutzung von Mitglieder Daten für Werbezwecke und listenmäßige Weitergabe von nicht autorisierten Mitglieder Daten an Dritte erfolgt nicht. Mitglieder sind Dritte in diesem Sinne, es sei denn, es handelt sich um Funktionsträger.

7. Innerhalb des Vereins sind Aufgaben abgegrenzt und bestimmten Funktionsträgern zugewiesen. Wer für was zuständig ist, wird durch die Satzung des Vereins bzw. durch seine satzungsmäßigen Organe (Vorstand, Mitgliederversammlung, LandessprecherInnen, ArbeitskreisleiterInnen, Ausschüsse) bestimmt. Für den Umgang mit Mitgliederdaten gilt, dass jeder Funktionsträger und jede Funktionsträgerin die für die Ausübung seiner/ihrer Funktion notwendigen Mitgliederdaten nutzen darf. So dürfen die Vorstandsmitglieder, außer den vom Vorstand hinzugewählten Vorstandsmitgliedern (z.B. Nachwuchssprecher), sowie die Mitarbeiter der Geschäftsstelle auf alle Mitgliederdaten zugreifen, wenn sie diese zur Aufgabenerledigung benötigen. Sie selbst speichern oder verarbeiten diese nicht.
8. Die DPG verarbeitet und speichert personenbezogene Daten der Mitglieder nur für den Zeitraum, der zur Erreichung des Speicherungszwecks erforderlich ist oder sofern dies durch den Europäischen Richtlinien- und Verordnungsgeber oder einen anderen Gesetzgeber in Gesetzen oder Vorschriften, welchen der/die für die Verarbeitung Verantwortliche unterliegt, vorgesehen wurde.
Entfällt der Speicherungszweck oder läuft eine vom Europäischen Richtlinien- und Verordnungsgeber oder einem anderen zuständigen Gesetzgeber vorgeschriebene Speicherfrist ab, werden die personenbezogenen Daten routinemäßig und entsprechend den gesetzlichen Vorschriften gesperrt oder gelöscht.

Wir übermitteln personenbezogene Daten an Dritte nur, wenn dies im Rahmen der satzungsgemäßen Aufgabenerfüllung notwendig ist, z.B. an die mit der Versendung von DPG Briefen beauftragten Unternehmen die Adresse der Mitglieder. Eine weitergehende Übermittlung der Daten an Dritte erfolgt nicht bzw. nur dann, wenn Sie einer Übermittlung ausdrücklich zugestimmt haben.

E. Bedingungen für den Kauf von Verlagsartikeln und Zahlungsmodalitäten für Tagungsbeiträge

1. Die DPG betreibt keinen vereinseigenen Internet-Shop. Alle Verlagsprodukte werden nach Bestellung bei der Geschäftsstelle gegen Rechnung verkauft.
2. Die Zahlungsmodalitäten bei Tagungen, insbesondere die Regelungen für Rückzahlungen, werden auf den jeweiligen Tagungswebsites getrennt von diesen AGB veröffentlicht.

F. Abschließende Erklärung

Mit der Abgabe des Aufnahmeantrages erklären Sie, dass Sie die AGB, die Satzung und die Hinweise zum Datenschutz verstanden und akzeptiert haben.